Rüdiger vom Bruch

Zur Einführung

I.

Die Berliner Humboldt-Universität begeht ihr zweihundertjähriges Bestehen 2010 in einer Zeit struktureller Umformung des deutschen Hochschulsystems. Im Zeichen des Bolognaprozesses wird die Lehrverfassung prüfungsförmig und berufsorientiert modularisiert und wirft neue Fragen nach dem Verhältnis von Bildung und Ausbildung auf. Gleichzeitig (und nicht unbedingt konform) sollen Exzellenzinitiativen standortgebundene Forschungsprofile schärfen und begünstigen dabei auch neuartige Allianzen mit außeruniversitären Forschungsinstitutionen. Vor diesem Hintergrund wird unablässig um „Humboldt“ als bewahrender, transformationsbedürftiger, vielleicht auch gar nicht transformationsfähiger oder gar unzeitgemäßer, weil nur für eine vergangene Epoche zeitgemäßer Orientierungspunkt gestritten; dabei immer unter Berufung auf Maximen (bzw. Chiffren) wie Wissenschaft als Forschung, für Wissenschaft als Bildung, wie systematische Kohärenz wissenschaftlichen Wissens insgesamt oder wie „Einheit von Lehre und Forschung“ in der gemeinsamen Anstrengung von Lehrenden und Lernenden.

Bei diesen Debatten geht es weniger um die aktuelle Institution Humboldt-Universität in Berlin, sondern um eine – zutreffend oder nicht – mit dem Namen Wilhelm von Humboldt konnotierte Idee der deutschen Universität als permanenter Forschungsprozess, in systematisierender Programmatik um 1800 von Philosophen und anderen Gelehrten entwickelt, vor allem aber in bemerkenswerter Gleichförmigkeit Selbstverständnis und wissenschaftliche Praxis deutscher Universitäten im 19. Jahrhundert prägend. Ob es sich dabei um ein erst um 1900 mit rückwärtiger Bindungskraft konstruiertes und programmatisch an Humboldt angekoppeltes Berliner Modell handelte, welches sich tatsächlich aufgrund ähnlicher struktureller Herausforderungen an vielen Orten in ähnlicher Weise herausbildete und durch ständige Interaktionen in einem nationalkulturellen Markt verfestigte, aufgrund wechselseitiger Beobachtungen zur Stärkung eigener Konkurrenzfähigkeit, aufgrund von – auch verkehrspolitisch begünstigten – intensiven Austauschbewegungen von Professoren und Studenten, sowie aufgrund national gestimmter Emphase einer auf Fortschritt durch Forschung gestimmten Wissenschaftskultur, das ist gar nicht so entscheidend, auch wenn die im 20. Jahrhundert fast durchgängige Anbindung einer deutschen Universitätsidee an in Berlin entwickelte „Grundschriften“

ihre eigene Wirkungsmacht entfaltete und zunehmend kritische Fragen an einen „Mythos Humboldt“ laut werden ließ. Entscheidend sind vielmehr jene ähnlichen Herausforderungen und einander verstärkenden Interaktionsprozesse, welche im 19. Jahrhundert das deutsche Universitätssystem zum Zentrum von wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung zugleich avancieren ließen. Andere, in der frühen Neuzeit erwachsene Institutionen zur Gewinnung und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse wie Akademien und Sozietäten waren nun nicht mehr neben-, sondern nachgeordnet; auf der anderen Seite wurden nach 1900 die Universitäten aus dieser Zentralposition wieder schrittweise abgedrängt durch eine Ausdifferenzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um notwendige oder bedenkliche Umsteuerungen der deutschen Universität und diesen unterlegten historisch-programmatischen Reflexionen gewinnt eine universitätsgeschichtliche Vermessung jenes 19. Jahrhunderts zusätzliche Bedeutung, über einen unabweisbaren historischen Forschungsbedarf hinaus. Hinsichtlich der institutionellen Verfassungsgeschichte und einer an horizontaler wie vertikaler Mobilität interessierten Sozialgeschichte der deutschen Universität besteht, etwa gegenüber der frühen Neuzeit, Nachholbedarf.

Die Situation für die Bewältigung dieser Aufgabe erscheint günstig. Denn einerseits hat sich universitätsgeschichtliche Forschung seit einiger Zeit aus dem Schatten anlassgebundener Gelegenheitsarbeiten, spezialistischer Interessen und einer bloßen Mitverwaltung durch unterschiedliche historische Teildisziplinen herausgelöst, eigene methodische Schwerpunkte und organisatorische Plattformen entwickelt. Andererseits hat die Laune des Jubiläenkalendariums zusätzliche Triebkräfte in Form personeller und finanzieller Ressourcen und nicht zuletzt von engagierter Aufmerksamkeit der (nicht nur) wissenschaftlichen Öffentlichkeit bereit gestellt. Denn das Berliner Jubiläum 2010 reiht sich ein in eine dichte Abfolge von Universitätsjubiläen, deren universitätsgeschichtliche Forschungsergebnisse unsere Kenntnisse gerade auch des „langen“ 19. Jahrhunderts zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg maßgeblich bereicherten. Aus den letzten Jahren seien allein genannt die historischen Jubiläumserträge in Freiburg und in Gießen, in Jena und in Leipzig. Das Berliner Jubiläum fügt sich hier ein, gleichzeitig steht dieses, mit Blick auf die angedeuteten Debatten um „Berliner“ Modell und „Mythos Humboldt“, gewissermaßen unter verschärfter Beobachtung. Umso vordringlicher erscheint eine genauere Musterung dessen, was in diesem Band als *deutsche Universitätslandschaft* bezeichnet wird und nun vorzustellen ist.

Die Berliner Universität steht nicht im Zentrum dieses Bandes, ihre Entwicklung im 19. Jahrhundert interessiert hier im Kontext einer Universitätslandschaft, diese ist der zentrale Begriff im Titel wie in den Einzelbeiträgen. Dieses aus der Topographie entlehnte Bild meint ein vielgestaltiges, von individuellen, mit eigenen Identitäten ausgestatteten Fixpunkten besetztes Gebilde mit zugleich hoher, aufeinander bezogener Vernetzung, welches sich im Fluss der Entwicklung ständig neu austariert. Standortgebundene Traditionen, kommunale Anbindung und landesherrliche Regularien formten die einzelnen Universitäten; zugleich standen sie immer in Beziehung zueinander, in formaler Gleichrangigkeit aufgrund universal

verliehener bzw. anerkannter Privilegien, in konfessionellen und landesherrlichen Spannungsverhältnissen einander belauernd und beobachtend, voneinander lernend, schließlich sich als gleichrangige, wenn auch nicht gleichgewichtige Glieder einer in Ethos und Prestige verbundenen Gemeinschaft respektierend. Man verharrte nicht in abgeschlossener Selbstgenügsamkeit voneinander, aber auch kein übermächtiges Zentrum degradierte die anderen als „Provinz“. Ansehen und Attraktivität orientierten sich lange an der Frequenz, bis im späteren 19. Jahrhundert hohe Zahlen auch als Belastung gelten konnten, zumindest in einzelnen Fächern und gemessen an den erwarteten Arbeitsmarktchancen. Die Höhe der Frequenz war nicht an die Größe der beherbergenden Stadt, sondern an ein besonderes universitäres Profil gebunden; erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts korrespondierten Großuniversität und Großstadt miteinander. Insgesamt galt: Man war lokalstolz und vielgestaltig, zugleich in Ranganspruch, institutioneller Ausgestaltung, sowie in Lehr- und Forschungspraxis aufeinander bezogen.

Mit Blick auf die europäische Universität im Mittelalter bemerkte der Mediävist Peter Moraw einmal: „Es gibt die eine Universität, weil es eine Mehrzahl von Universitäten gibt.“ Für die deutsche Universität seit etwa 1800 scheint dies nicht zu gelten, denn diese hatte der Philosoph Jürgen Mittelstraß im Blick, der auf der gleichen Tagung formulierte: „Die Universitäten sind Ausdruck der Einheit von Forschung und Lehre und somit der Einheit des Wissenschafts- und Bildungssystems.“ An Stelle sozialgeschichtlich fassbarer Differenzierung also eine regulative Idee – könnte aber nicht das spezifische Profil der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts gerade im zeitgleichen Nebeneinander beider Feststellungen ermittelt werden? In diesem Sinn sollen die an Berliner Zeiteinheiten orientierten Zeitachsen im Titel dieses Bandes zu Querschnittserkundungen einladen, die nach der jeweiligen Situation der deutschen Universitätslandschaft fragen: In welcher strukturellen und programmatischen Umformung befand sich diese zum Zeitpunkt der Berliner Gründung? In welcher Situation beging Berlin seine Fünfzigjahrfeier 1860, als die Faszination der ersten Berliner Jahrzehnte verflogen war, andere Universitäten Anspruch auf Vorrang erhoben, der künftige Aufschwung unter den Bedingungen der Reichshauptstadt sich noch keineswegs abzeichnete, andererseits eine flächendeckende Umformung das gesamte Universitätssystem bis hinein nach Österreich erfasste? Wie war es schließlich um die deutsche Universitätslandschaft bei der Zentenarfeier einer ihrer Weltgeltung sich rühmenden Berliner Universität 1910 bestellt, gemäß vergleichenden Blicken nach Sachsen und in den deutschen Südwesten sowie angesichts struktureller Verwerfungen in einer wissensbasierten Industriegesellschaft, in der ein „Mythos Humboldt“ als Ausweg aus der Krise beschworen wurde, auch wenn dieser Ausweg in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mündete?

Querschnittanalysen greifen in diesem Band mit Längsschnittperspektiven zusammen. Einige seien kurz angedeutet: so etwa Übergänge von einer ständisch privilegierten und zugleich aufgeklärten Gesellschaft im Aufbruch nach 1800 über individuelle Karrierestrategien einer bürgerlichen Leistungsgesellschaft bis hin zur industriellen Massengesellschaft am Vorabend des Weltkriegs: Im Umfeld der

Berliner Gründung verbinden sich staatsbürgerliche Reformkonzepte mit gesellschaftspolitischen Systementwürfen im Modus arbeitsamer Geselligkeit einerseits, wissenschaftssystematische Spekulationen mit fachspezifischen Professionalisierungsprozessen disziplinärer Forschungspraxis im Modus einer auf Forschung gegründeten Bildungsidee andererseits, und münden am Ende in eine institutionell ausdifferenzierte, zudem national- wie klassenpolitisch aufgeladene Wissensgesellschaft.

Die Berliner Entwicklung liefert keine Blaupause, kann aber als Symptom mit hohem Verdichtungspotential verstanden werden. Zu Beginn entwickeln kulturtheoretische Systematiker wie der Theologe und Philosoph Friedrich Schleiermacher Konzepte für Universitäten in deutschem Sinne für eine liberale Bürgergesellschaft durch Reformen, nicht Auflösung einer tradierten Verfassungsgestalt. Ein Humboldt leitet politische Gestaltung aus leitenden Ideen der inneren Organisation im Bildungswesen ab. Neben ihnen treiben Philologen und Historiker, Juristen, Mediziner und Naturforscher eine disziplinäre Autonomisierung ihrer Fachgebiete voran, verknüpft mit professioneller Berufsorientierung unter Einschluss der philosophischen Fakultät. Durch Anbindung der Wissenschaftsakademie, deren Mitglieder universitäre Lehrbefugnis erhalten, sichert die Universität ihren Forschungsimperativ, bis schließlich die Universität zu einer höheren Bildungsanstalt mit angeschlossenem Forschungsbetrieb in Gestalt der Akademieresourcen changiert. Wie zu Beginn, so führen auch am Ende des Untersuchungszeitraumes Spannungen zwischen Reformstau und Reformbedarf in einer dramatischen Umbruchperiode erneut visionäre Gelehrte und strategisch operierende Wissenschaftspolitiker zusammen. Friedrich Althoff überführt Hochschulverwaltung in Wissenschaftssteuerung durch administrative Netzwerkplanung und institutionelle Umbauten in Verbindung mit dem Theologen Adolf Harnack unter dem Signum großbetrieblicher Differenzierung. Mit der Etablierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft lösten sie Spitzenforschung wieder aus der Universität heraus, unter listig-irreführender Berufung auf Wilhelm von Humboldt, aber damit trugen sie allenfalls längst erkennbaren Krisenphänomenen Rechnung, welche aus Unterfinanzierung und gleichzeitiger Lehr-Überforderung der Universität resultierten, welche einen immer noch beanspruchten Konnex von Forschungsimperativ und Forschungsprimat nicht mehr zu wahren vermochte und bereits in ein komplexes System von staatlicher, kommunaler, industrieller sowie unterschiedlich organisierter Privatforschung eingezwängt war.

Die Berliner Entwicklung kann als symptomatische Zuspitzung gelesen werden, nicht aber als Leitplanke der deutschen Universität im 19. Jahrhundert, und sie bildete die vielfältigen Entwicklungsmuster in der deutschen Universitätslandschaft nur begrenzt ab. Zahlreiche wissenschaftliche Innovationen fanden zuerst an anderen Orten statt, großbetriebliche Institutionalisierung ereignete sich lange vor Berlin im deutschen Südwesten. Angesichts krisenhafter Verwerfungen nach der Jahrhundertwende, welche Max Weber 1916 zu dem schroffen Urteil veranlassten, innerlich wie äußerlich sei die deutsche Universitätsverfassung fiktiv geworden, wurden auch anderswo wie in Leipzig alternative Reformkonzepte entworfen.

Auch die Chance eines Neubeginns, wie sie die Berliner Gründung von 1810 bot, war nicht einzigartig. Zum einen folgte man in Berlin ohnehin, wenn auch mit bezeichnenden Abwandlungen, einem bereits bewährten Reformmodell, wie es in Göttingen lange schon etabliert war, auch hatten spezifische Konstellationen wie in Jena die wegweisende Modernisierung einer älteren Hochschule ermöglicht; zum anderen wurden Reformimpulse im Zuge einer Neugründung lange nach Berlin erfolgreich genutzt, so in Straßburg seit 1872 oder mit der 1914 in Frankfurt am Main errichteten kommunalen Stiftungsuniversität. Eine genauere Musterung der deutschen Universitätslandschaft im 19. Jahrhundert erscheint daher dringend geboten.

II.

Auf Gestaltwandel der deutschen Universität um 1800 zielt der erste Abschnitt. In Relation von Tradition und Innovation analysiert *Notker Hammerstein* den „Aufbruch in Reformen“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit einem bemerkenswerten Befund: Universitätsreform durchzieht zwar als Leitmotiv die deutsche Universitätsgeschichte, aber vor und nach 1800 in grundsätzlich unterschiedlicher Weise. In der frühen Neuzeit ging es immer wieder um eine Neuausrichtung von Inhalten, nicht von Strukturen. Das setzte ein mit der Umgestaltung der artes-Disziplinen im Humanismus, gefolgt von Transformationen der Lehrprogramme im Zeichen von Reformation und katholischer Gegenbewegung, einschneidend dann wissenschaftliche Reformimpulse im Zeitalter der Aufklärung, keineswegs nur auf Nord- und Mitteldeutschland beschränkt. Die Rolle der Universität in Staat und Gesellschaft blieb davon relativ wenig berührt. Grundlegend ändert sich dies erst im 19. Jahrhundert; mit dem Prozess der Durchsetzung bürgerlicher Gesellschaft wandelt sich auch einschneidend die Institution Universität und unterliegt von nun an einem permanenten und rechtsförmigen Neuregelungsdruck.

Als „Aufbruch und Krisen“ kennzeichnet *Hans-Werner Hahn* ein Jahrhundert Universität Jena zwischen 1770 und 1870 aus der Perspektive des Jubiläums von 1858. Obgleich eher eine kleinere Universität, prägte diese doch über Jahrzehnte hinweg die politische Kultur der deutschen Hochschullandschaft im Ringen um das Verhältnis von Wissenschaft und Freiheit. Als Ausweg aus der Krise erwies sich nach 1780 unter der ordnend-gestaltenden Hand Goethes ein Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur unter dem Motto einer „extraordinären Universität“. Gleichzeitig erwies sich die liberale intellektuelle Atmosphäre Jenas als attraktiv; die Salana zog führende Geister an. Behutsame staatliche Steuerung gewährte gleichwohl wissenschaftliche Freiräume, und in napoleonischer Zeit galt Jena als autonomes Zentrum deutscher nationaler Kultur. Der Akzent verschob sich nach 1815, politisches Professoren- und Studententum wirkte von Jena aus in einer Kombination von bürgerlichen Wertvorstellungen und romantischem Nationalismus. Wohl belastete die Reaktion im Gefolge der Karlsbader Beschlüsse auch Jena, insgesamt konnten Impulse eines freiheitlichen Aufbruchs hier aber im Vormärz stärker als anderswo (und erst recht als in Berlin) gewahrt bleiben.

Folgten die drei (erst sehr viel später so benannten), 1810 in Berlin, 1811 in Breslau und 1818 in Bonn errichteten Friedrich-Wilhelms-Universitäten einem einheitlichen preußischen Reformmuster im Sinne eines Modells? *Thomas Becker* akzentuiert im Vergleich der jeweiligen Gründungsgeschichten, der jeweiligen Statuten und institutionellen Neuerungen wie Seminare und Institute gesonderte Ausprägungen, welche fernab von jedweder Programmatik den unterschiedlichen kommunalen und regionalen Gegebenheiten geschuldet waren und von politischer Pragmatik zeugten. Konfessionspolitische Argumente waren in Schlesien und später in der Rheinprovinz in einer freilich sehr anderen Konstellation ausschlaggebend für die Errichtung paritätischer theologischer Fakultäten. Dank Süvern avancierte das zusammen mit den aus Frankfurt translozierten Professoren reichlich ausgestattete Breslau zu einer angesehenen Volluniversität, die sich hinter Berlin nicht verstecken musste. Eine wiederum andere Situation ergab sich nach heftigen regionalen Standortkontroversen in Bonn; hier verstand man sich sehr entschieden als Reformuniversität mit einem aufbruchshungrigen Lehrkörper und institutionellen Neuerungen wie dem naturwissenschaftlichen Seminar im Dienste der Lehrerausbildung. Der Beitrag arbeitet eindringlich die je spezifischen Ausprägungen in Gründung und Profilbildung heraus, wobei gleichzeitig eine einheitliche rechtliche Verklammerung mit den jeweiligen, fast deckungsgleichen Statuten erfolgte.

Um Selbstverständnis und Umbauten der deutschen Universität nach der Mitte des 19. Jahrhunderts geht es im zweiten Abschnitt. An sieben Universitätsjubiläen zwischen 1786 und 1887 in Heidelberg, Göttingen, Berlin, Bonn und München zeigt *Winfried Müller* (mit Schwerpunkt auf dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts) typische Ausdrucksformen und graduelle Wandlungen universitärer Selbstinszenierungen auf, welche ihre ursprünglich konfessionskulturelle Ausrichtung längst abgestreift hatten und sich nun in Form von Deputationen und ritualisierten Feierformen wie historisch kostümierten Festzügen, Studentenauftritten, Reden, Grußadressen und Ehrenpromotionen als nationalkulturelle Wissenschaftsgemeinschaften bestätigten. Immer stand ein Ringen um historisch verbürgte Deutungskultur im Mittelpunkt. Die im Anhang beigefügten Ablaufschemata illustrieren plastisch die vorherrschenden Inszenierungsstrategien.

Trotz einzelner Reformvorstellungen unter Metternich befanden sich die österreichischen Universitäten um die Mitte des 19. Jahrhunderts „in einem indiskutablen Zustand“, wie *Walter Höflechner* in seinem Beitrag zum dreiphasigen Umbau des habsburgischen Universitätssystems nach der Revolution von 1848/49 bündig vermerkt. Stürmische Aktivitäten vor allem von Studenten und (insbesondere medizinischen) Jungwissenschaftlern kennzeichnen die erste, noch in die Revolutionsjahre fallende Phase gemäß einem Vorbild „deutsche Universitäten“ im Zeichen „allgemeiner Bildung“. Eindrucksvolle, aber zugleich begrenzte Reformen angesichts anhaltend heftiger Widerstände der „Patriotengruppe“ und der Katholisch-Konservativen erfolgten seit 1849 unter dem Ministerium Thun-Hohenstein mit Franz Exner als treibender Kraft. Doch auch die Reformer standen den Maximen Lehr- und Wissenschaftsfreiheit skeptisch gegenüber. Immerhin praktizierten sie

im Zeichen des Neoabsolutismus eine autoritäre Modernisierung gegen den Widerstand von Professoren und Senaten, welche sich jedweder Reform widersetzen. Ein wirklicher Wandel begann erst unter dem Druck der militärischen Niederlagen 1859 bis 1866, bis mit der liberalen Ära ab 1867 eine strukturelle Anpassung an Deutschland erfolgte und etwa Marktkonkurrenz im Berufungswesen begünstigte. Insgesamt lässt sich für die österreichischen Universitäten keine Eigenentwicklung beobachten, Deutschland blieb eindeutig das Modell, aber das politische System behinderte nachhaltig eine Angleichung; denn zu sehr standen dem zentralistische Abschottung von Deutschland, eine spezifische Nationalisierung der Hochschulen im Vielvölkerstaat sowie Momente von Unmündigkeit im universitätsrechtlichen Sinn entgegen.

Um strukturelle Rahmenbedingungen der deutschen Forschungsuniversität geht es im dritten Abschnitt, wobei die ersten beiden Beiträge in unterschiedlichen Kontexten auf Wechselbeziehungen zwischen wissenschaftlicher Selbststeuerung und administrativer Außensteuerung abzielen. Dass die auf (verbriefte) Wissenschaftsfreiheit und fachdisziplinäre Autonomie pochenden Forschungsuniversitäten auch (und im Bewusstsein der zuständigen Ministerien vor allem) ausbildungsorientierte Professionsanstalten waren, tritt in der historischen Erinnerung vielfach in den Hintergrund. Doch genau aus dem zeitgleichen und nicht spannungsfreien Verhältnis zwischen Forschungsorientierung und Berufskonstruktion erwuchs die Dynamik der neuen deutschen Universität im 19. Jahrhundert, wie *Peter Lundgreen* in dichter und tabellarisch unterfütterter Argumentation zeigt. Erst ein genauerer und bislang wenig praktizierter Blick auf Prüfungsordnungen macht in den Aushandlungsprozessen zwischen den vorrangigen Akteurguppen (Staat – Professionsvertreter – Universitäten) Interaktionen zwischen intern gesteuerten Disziplinenentwicklungen und extern entwickelten Berufskonstruktionen sichtbar, und zwar von Beginn an, wie der gleichzeitige und konstitutive Zusammenhang von Forschungsimperativ und *examen pro facultate docendi* in Preußen belegt. Das setzte freilich voraus, dass die philosophische Fakultät ihre vormalige propädeutische Funktion innerhalb der Universität abstreifte, diese an die reformierte gymnasiale Oberstufe überwies und die Lehrerausbildung als ihren spezifischen Bildungszweck etablierte. Gleichzeitig reihte sich die Lehrerausbildung in eine bei den Juristen bereits Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzende Abfolge von allgemeiner wissenschaftlicher Bildung an der Universität und anschließendem berufsorientierten „Vorbereitungsdienst“ ein, bei den Lehrern in Preußen schon 1817, in Süddeutschland mit erheblicher Verzögerung 1895/98. Vergleichbare reichseinheitliche Regelungen für Ärzte erfolgten 1901. Parallel entwickelte sich bis Ende des Jahrhunderts eine Binnendifferenzierung der zunächst allgemeinen Gymnasiallehrerausbildung zugunsten von Fachlehrerausbildung – auch dies spiegelte Wechselwirkungen zwischen fachdisziplinärer und schulprofessioneller Spezialisierung wider. Im Zuge eines expandierenden industriegesellschaftlichen Arbeitsmarktes entstanden schließlich um 1900 neuartige Berufskonstruktionen, denen die Aushandlungsparteien mit dem Diplomabschluss zunächst für Chemiker und Kaufleute Rechnung trugen.

Aushandlungsprozesse und Akteurstrategien untersucht *Wolfgang Neugebauer* am Beispiel der universitären Geschichtswissenschaft in Preußen, im Anschluss an ein von J. Jastrow 1890 vorgelegtes Gutachten, wonach ein begrenztes Steuerungspotential des Kultusministeriums eigentlich nur innerhalb der Fachwissenschaft ohnehin dominierende Tendenzen bestätige. Eine Analyse der Berufungspolitik als zentraler Schaltstelle rückt überzogene Einflussvermutungen zurecht und ergibt ungemein komplexe Akteurkonstellationen, innerhalb deren sich das personell eher dürftig ausgestattete Ministerium einerseits mit anderen externen Mitspielern innerhalb der preußischen Gesamtregierung bis hin zum Hof, andererseits mit selbstbewusst auftretenden Vertretern von Universität und Fachdisziplin zu arrangieren hatte, freilich selten konfrontativ, vielmehr in dicht verwobenen und schwierig zu entschlüsselnden Netzwerkbeziehungen, lange schon vor dem „System Althoff“. Einen Sonderfall stellte die als Herrschaftsarcandum höchst restriktiv gehandhabte Archivzulassungspolitik dar, bei der auch mächtige Fachvertreter wie Sybel und Schmoller an Grenzen stießen. Insgesamt aber konnte von einem „Durchstellen“ von oben nach unten keine Rede sein, vielmehr vermochten die Universitätshistoriker ein „verdecktes Potential wissenschaftlicher Autonomie“ erfolgreich zu nutzen. Am Beispiel der historischen Seminare folgte eine amtliche Institutionalisierung vielfach lediglich vorangegangenen professoralen Initiativen, in Halle nicht anders als in Berlin, wo eine sehr späte Seminargründung (in der Literatur manchmal hämisch vermerkt) nichts über eine bereits seit Jahrzehnten erfolgreiche Seminarpraxis aussagt. Angesichts zahlreicher privat-geselliger, aber durchaus einflussreicher Netzwerke in der Hauptstadt konnten die Berliner Historiker darüber hinaus Standortvorteile nutzen, welche nicht zuletzt eine Sogwirkung der hier einflussreichen wissenschaftlichen Schulen begünstigte.

Ein ganz anderes Bild im Verhältnis von Selbst- und Außensteuerung zeichnet *Matthias Stickler* in seiner angesichts einer schwierigen Forschungslage hochwillkommenen Bestandsaufnahme der vereinsmäßig organisierten Studierenden. Galt hier „Universität als Lebensform“ in einer (angesichts einer vielbeschworenen „Humboldtücke“ unvermeidlichen?) Parallelwelt zum Studienalltag mit eigenen Wertmustern und Sozialisierungsstrategien? Viele Vorurteile rückt der Beitrag zurecht, welcher enge Wechselwirkungen zum Wertsystem Universität, in Gestalt von Disziplinierungsagenturen weit über bloßes „Freizeitverhalten“ hinaus aufweist. Auch entfaltete sich ein tief gestaffeltes und kohärent organisiertes Verbindungswesen trotz der seit 1817 spektakulär auftretenden Burschenschaften erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Nun erst trat auch an die Stelle temporärer Gesinnungsgemeinschaften das Lebensbundprinzip mit spezifischen Patronagebeziehungen, institutionellen Verfestigungen durch Hausbauten und Zeitschriften und einer zunehmenden Ausstrahlung und Einflussgewinnung in die Gesamtstudentenschaft hinein, auch wenn allenfalls deren Hälfte sich Korporationen anschloss. Innerhalb dieser werden Binnendifferenzierungen und Umgewichtungen vermerkt, etwa ein zunehmendes Übergewicht der Burschenschaften gegenüber den Corps, gleichzeitig eine Eindämmung von Mensuren aufgrund der anwachsenden katholischen und der freien, in der Regel wissenschaftlichen Verbindungen sowie

der sog. Freistudenten, aus denen erstmals im Vorkriegsjahrzehnt eine eigenständige Strömung zur Mitgestaltung studentischer Lebensverhältnisse in der Universität selbst erwuchs. Wünschenswert differenzierte und belastbare statische Anhänge erlauben präzise Zugriffe auf das studentische Verbindungswesen.

Auf Konkurrenzen und Verwerfungen am Ende des Untersuchungszeitraums zielt der abschließende vierte Abschnitt, in synchronem Vergleich, in exemplarischen diachronen Entwicklungsmustern sowie in einem kritischen Blick auf die vielbeschworene Berliner „Weltgeltung“ vor dem Hintergrund der Hundertjahrfeier 1910. Ein Universitätsvergleich von Berlin und Leipzig um 1910 hat vor allem Hochschulpolitik als Standortpolitik zu betonen, so die These von *Matthias Middell*, der neben einer Gewichtung strukturell vergleichender Faktoren insbesondere auf paradigmatische Differenzierung im Urteil der Zeitgenossen achtet. Weniger ein Vergleich der aufeinanderfolgenden Jubiläen in Leipzig 1909, das ziemlich missglückte, und in Berlin 1910 bietet sich an, vielmehr das zeitgleiche Rektorat Karl Lamprechts 1910/11; denn wie Harnack dort, so entwickelte auch Lamprecht ein freilich sehr anderes Gesamtkonzept als Ausweg aus der Krise, und zwar in bewusster Standortkonkurrenz. Frequenz und Personalsituation hatten sich in Leipzig abweichend zu Berlin entwickelt, zugleich verwies man in der Messestadt auf eine großzügige Universitätsbaupolitik, ferner auf Konkurrenz weniger zu Berlin als zur eigenen Hauptstadt Dresden mit seiner anwendungsorientierten Technischen Hochschule, gegenüber der in Leipzig dominierenden Grundlagenforschung. Zugleich beanspruchte Lamprecht für seinen Standort kulturwissenschaftliche Deutungshoheit. Reformakzente legte er insbesondere auf eine Neugewichtung von Studium und Forschung durch forcierte Internationalisierung, durch ein strukturiertes Studium im Institutsmodell als Verbundsystem sowie durch ein flankierendes Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen. Auch ohne ein „Modell Humboldt“ stellte sich die Frage, inwieweit eher in Berlin oder in Leipzig eine zeitgemäße Fortentwicklung der lange Zeit bewährten und dann zunehmend überforderten deutschen Forschungsuniversität unter Wahrung der Lehr- und Forschungsgemeinschaft angestrebt wurde. Die weitere Entwicklung erwies dann den in Berlin eingeschlagenen Weg mit außeruniversitären Forschungsinstituten als irreversibel, zudem prallten in den Konzeptionen von Harnack und Lamprecht „gefühlte“ Stärke bzw. Schwäche aufeinander.

An Hand von universitätsvergleichenden (Freiburg, Tübingen, Berlin) bzw. professionsexemplarischen (Lehrerbildung) Längsschnitten unterstreicht *Sylvia Paetschek* ihre bekannte These, nicht ein Humboldtsches, sondern ein allgemein deutsches Universitätsmodell habe das 19. Jahrhundert bestimmt. Im Anschluss an J.D. Cobb werden zunächst für den deutschen Südwesten „forgotten reforms“ außerhalb Preußens zwischen 1797 und 1817 betont, im Sinne eines zunehmend verstaatlichenden Aufklärungsutilitarismus im zunächst österreichischen, dann badischen Freiburg, im Sinne staatsanaltlicher Umformung einer zuvor fast „lupenreinen“ „Familienuniversität“ durch „nützliche“ Berufungen in Tübingen, wo man 1820 zwar wieder zur kollegial-korporativen Verfassung zurückkehrte, aber etwa fakultätspolitisch neue Pflöcke mit der jeweils ersten Errichtung einer staats-

wissenschaftlichen (1817) bzw. einer naturwissenschaftlichen (1863) Fakultät einschlug. Im Frequenzvergleich ergeben sich über das Jahrhundert hinweg deutliche Schwankungen, insgesamt erwiesen sich am Ende Berlin und Freiburg als Gewinner, sackte Tübingen gar 1910 auf Rang 12 ab, während Freiburg atemberaubend empor schnellte, in krassem Gegensatz zu Tübingen begünstigt durch Verkehrsanbindung und lokale Attraktivität („Die Professoren folgten den Studenten, nicht umgekehrt“). Wesentlicher Anteil am Aufschwung deutscher Universitäten kam der fächerspezifischen Binnendifferenzierung im Umfeld der Lehrerausbildung zu, darüber hinaus galten Großstadtuniversitäten als innovativ vornehmlich durch den Ausbau prestigeträchtiger „kleiner“ Fächer.

Insgesamt stellte sich die deutsche Universitätslandschaft vor 1914 als zwar differenziert, keineswegs aber segmentiert dar, sie war – wissenschaftlich relativ homogen – durchweg aufeinander bezogen. Die Sonderrolle Berlins um 1900 erkläre sich neben besonderer Pflege der kleinen Fächer und eines Trends zur Berufung der „Besten der Bewährten“ vor allem durch die finanzielle Begünstigung einer urbanen Wissenschaftslandschaft, welche über die Universität hinaus eine gezielte außeruniversitäre Wissenschaftsförderung mit insgesamt hohen Synergieeffekten im Berliner Raum ermöglichte.

Eben hier knüpft der abschließende Beitrag von *Charles E. McClelland* zum Berliner Universitätsjubiläum 1910 an, bei dem es sich in Wahrheit um die „Großinszenierung“ der gesamten Bildungs- und Forschungslandschaft Berlins mit spezifischen Klientelinteressen gehandelt habe. Bereits Max Lenz, Historiograph der Universität 1910 und Festredner, schlug in seiner Musterung für die Zeit seit 1871 skeptisch-pessimistische Töne an, und der Autor bestätigt diese in nüchtern-distanzierter Strukturanalyse: Ein Modell „Humboldt“ taugte in Berlin für die Zeit um 1910, kaum für die Situation 1910 mit ihren großbetrieblichen Zuschnitten in einer Weltstadt, zugleich mit einer Reservearmee von Privatdozenten und einer wenig innovativen, von „Institutsspezialisten“ beherrschten Ordinarienuniversität, welche darüber stritt, ob die Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als „kühne Neuinterpretation“ von Humboldt oder als bedrohliche Krisenverschärfung zu werten sei. Im Rückblick erscheint das Berliner Universitätsjubiläum von 1910 als Meilenstein und Wendepunkt zugleich, als Beginn des Abstiegs der deutschen und insbesondere der Berliner Universität, noch vor den durch den Weltkrieg ausgelösten Erschütterungen.